



Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik

15. Oktober 2015

In Anerkennung, dass den Städten, in denen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, eine strategische Rolle bei der Entwicklung nachhaltiger Ernährungssysteme und der Förderung einer gesunden Ernährung zukommt, und da trotz aller Unterschiede Städte Zentren ökonomischer, politischer und kultureller Innovation sind und grosse öffentliche Ressourcen, Infrastrukturen, Investitionen und Kompetenzen verwalten;

Da die Gewährleistung eines dauerhaften und verlässlichen Zugangs für alle zu adäquaten, sicheren, lokalen, diversifizierten, fairen, gesunden und nährstoffreichen Lebensmitteln für die bestehenden Ernährungssysteme eine Herausforderung darstellt und die Aufgabe, die Städte zu versorgen, vielfachen Restriktionen unterliegen wird, u.a. aufgrund der Unausgewogenheit von Verteilung und Zugang, Umweltschädigung, Ressourcenknappheit und Klimawandel, nicht-nachhaltigen Produktionsstrukturen und Konsumgewohnheiten sowie Lebensmittelverlust und -verschwendung;

In Anerkennung, dass die beschleunigte Urbanisierung unsere Welt - in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht - **tiefgreifend verändert**, womit eine Neubetrachtung der Versorgungsweise von Städten mit Lebensmitteln und Wasser sowie mit anderen lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen notwendig wird;

In Anerkennung, dass Hunger und Unterernährung in ihren verschiedenen Formen in allen Städten existieren, wodurch persönliche Gesundheit und persönliches Wohlergehen stark beeinträchtigt werden und somit hohe soziale und wirtschaftliche Kosten auf Ebene privater Haushalte, Gemeinden und Nationen entstehen;

Angesichts der Tatsache, dass bäuerlichen Familien und kleinlandwirtschaftlichen Lebensmittelproduzenten (in vielen Ländern vor allem produzierenden Frauen) eine Schlüsselrolle bei der Versorgung der Städte und ihrer Gebiete zukommt und sie damit zur Aufrechterhaltung resilienter, gerechter und kulturell angemessener Ernährungssysteme beitragen, und dass eine Neuausrichtung der Ernährungssysteme und ihrer Wertschöpfungsketten auf eine nachhaltige Ernährung ein Weg ist, Konsumenten sowohl mit ländlichen als auch mit städtischen Produzenten wieder in Kontakt zu bringen;

In Anerkennung, dass die städtische und stadtnahe Landwirtschaft Möglichkeiten bieten, die biologische Vielfalt zu schützen und mit der Landschaft städtischer Regionen und den Ernährungssystemen in Einklang zu bringen, und dadurch Synergieeffekte zwischen Lebensmittel- und Ernährungssicherheit, Ökosystemleistungen und menschlichem Wohlbefinden gefördert werden;

In Anerkennung, dass Politikinstrumente (policies) im Lebensmittelbereich eng mit vielen anderen urbanen Herausforderungen und Politikbereichen verbunden sind, wie Armut, Gesundheit und soziale Sicherung, Hygiene und Abwasserentsorgung, Nutzungsplanung, Transport und Handel, Energie, Bildung und Katastrophenvorsorge, und dass es daher wesentlich ist, einen umfassenden, interdisziplinären und interinstitutionellen Ansatz zu verfolgen;

In Anerkennung, dass die Zivilgesellschaft und der Privatsektor bei der Versorgung der Städte eine wesentliche Rolle spielen, indem sie Erfahrungen, Innovation und Kampagnen für nachhaltigere Ernährungssysteme einbringen und ein kritisches Bedürfnis nach einem sozial integrativen und auf Rechten basierenden Ansatz in der städtischen Ernährungspolitik etablieren;

In Erinnerung daran, dass die Städte sich verpflichtet haben, dem Klimawandel entgegenzuwirken, Strategien und Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung der Städte an die Veränderungen städtischer Ernährungssysteme durch den Klimawandel zu fördern (zum Beispiel in den aufeinander folgenden World Urban Foren und der bevorstehenden UNO-Konferenz Habitat III über Wohnen und Nachhaltige Urbane Entwicklung) und im Rahmen der Biodiversitätskonvention durch städtische Initiativen für biologische Vielfalt ein nachhaltiges Management der Biodiversität zu fördern;

In Anerkennung, dass die Städte und ihre angrenzenden Gebiete aktiv an der Umsetzung internationaler Massnahmen beteiligt sein werden, wie den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) und den Zielen der Entwicklungsagenda nach 2015; dass sie an den kommenden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP21) beteiligt sein werden und ebenso einen Beitrag leisten werden zur Null-Hunger-Herausforderung der UNO, dass sie auf der Zweiten Internationalen Ernährungskonferenz eine nachhaltige Ernährung in Städten thematisieren und eine bedeutende Rolle im Post-2015 Rahmenplan zur Verringerung von Katastrophenrisiken spielen werden;

Treffen in Mailand aus Anlass der Expo Mailand *Den Planeten ernähren, Energie fürs Leben*, erklären wir hiermit:

DURCH DIE UNTERZEICHNUNG DES MAILÄNDER ABKOMMENS ÜBER STÄDTISCHE ERNÄHRUNGSPOLITIK VERPFLICHTEN WIR, BÜRGERMEISTER UND VERTRETER LOKALER REGIERUNGEN, UNS ZU FOLGendem:

1. Wir werden daran arbeiten, nachhaltige Ernährungssysteme zu entwickeln, die integrativ, resilient, sicher und diversifiziert sind, die gesunde und erschwingliche Lebensmittel für alle Menschen in einem menschenrechtsbasierten Rahmen bereitstellen, die Abfall minimieren und die Biodiversität bewahren und die zugleich angepasst sind an die Auswirkungen des Klimawandels und diese abschwächen;
2. Wir werden eine interdepartementale und sektorübergreifende Koordinierung auf Gemeindeebene fördern und Betrachtungen zur städtischer Ernährungspolitik in der Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik und deren Programmen und Initiativen einarbeiten, u.a. beispielsweise Lebensmittelversorgung und -verteilung, soziale Sicherheit, Ernährung, Gerechtigkeit, Lebensmittelproduktion, Bildung, Lebensmittelsicherheit und Abfallminderung;
3. Wir streben an, eine Kohärenz herzustellen zwischen Instrumenten und Programmen der Ernährungspolitik auf Gemeindeebene und den relevanten subnationalen, nationalen, regionalen und internationalen Politikinstrumenten (policies) und -prozessen;
4. Wir werden alle Sektoren im Ernährungssystem (einschliesslich benachbarte Behörden, technische und akademische Organisationen, Zivilgesellschaft, Kleinerzeuger und Privatsektor) in die Gestaltung, Implementierung und Beurteilung aller Politikinstrumente (policies), Programme und Initiativen mit einer Verbindung zum Thema Ernährung einbinden;
5. Wir werden bestehende städtische Politikinstrumente (policies), Pläne und Gesetzgebungen überarbeiten und erweitern, um den Aufbau gerechter, resilienterer und nachhaltiger Ernährungssysteme zu fördern;
6. Wir werden in allen Städten den Aktionsrahmen als Ausgangspunkt wählen, um die Entwicklung jeweils eigener Ernährungssysteme voranzutreiben, und wir werden, wo angebracht, unsere Erfahrungen mit den beteiligten Städten und unseren Landesregierungen und internationalen Agenturen austauschen;
7. Wir werden andere Städte darin bestärken, sich an unseren ernährungspolitischen Massnahmen zu beteiligen.

Aktionsrahmen städtische Ernährungspolitik

Dieser Aktionsrahmen ist **freiwillig**. Sein Zweck ist, denjenigen Städten, die **nachhaltigere Ernährungssysteme erreichen** wollen, durch die Verabschiedung des von der Stadt Mailand aus Anlass der Expo 2015 "Den Planeten ernähren, Energie fürs Leben" vorgeschlagenen Mailänder Abkommens über städtische Ernährungspolitik strategische Optionen zur Verfügung zu stellen.

Der Aktionsrahmen beruht auf direkten Erfahrungen beteiligter Städte und berücksichtigt verschiedene, bedeutende Verpflichtungen, Erfolge und Ziele. Die Optionen wurden thematisch geordnet, sollten aber als Einstiegspunkte zum Erlangen eines übergreifenden Ziels angesehen werden: eines nachhaltigeren Ernährungssystems. Die meisten Massnahmen (wie etwa Schulverpflegungen oder Gemeinschaftsgärten) fallen in die Zuständigkeit mehrerer Departemente oder Abteilungen und sie werden Auswirkungen in vielen Bereichen (ökonomisch, sozial, gesundheitlich und umweltpolitisch) nachhaltiger Entwicklung haben.

Die Städte können die Optionen je nach Bedarf für ihre Leitlinien auswählen, anpassen und gruppieren, um sie auf ihre spezifischen Situationen zuzuschneiden. Als ergänzende Orientierungsmaterialien sind Links zu angrenzenden Informationssammlungen und Beispielen vorbildlicher Praktiken erhältlich.

Empfohlene Massnahmen: Herstellung günstiger Rahmenbedingungen für wirksame Massnahmen (Governance)

1. **Erleichtern Sie die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen und Departementen der Stadtbehörde** und streben Sie an, Politikinstrumente und Programme verschiedener Bereiche und Verwaltungsebenen mit Auswirkungen auf das Ernährungssystem durch die Verabschiedung und Etablierung eines auf Rechten basierenden Ansatzes aufeinander abzustimmen; die Optionen können die Schaffung zuständiger, fester Stellen im städtischen Personal, die Überarbeitung von Aufgaben und Verfahren und die Verschiebung von Ressourcen umfassen.
2. **Erhöhen Sie die Beteiligung von Interessenvertretern** auf städtischer Ebene durch politischen Dialog und, falls angebracht, durch die Ernennung eines Beraters für Ernährungspolitik und/oder die Etablierung eines Multi-Interessenvertreter-Forums oder Ernährungsrates, wie auch durch Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen.
3. **Identifizieren, lokalisieren und evaluieren Sie die lokalen Initiativen** und Lebensmittel-Bewegungen der Zivilgesellschaft, um vorbildliche Praktiken mit Unterstützung der Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen vor Ort in zweckdienliche Programme und Politikinstrumente umzusetzen.
4. **Entwickeln oder überarbeiten Sie die Instrumente und Pläne der städtischen Ernährungspolitik** und sorgen Sie hinsichtlich lebensmittelrelevanter Politikinstrumente und Programme für eine adäquate Mittelallokation in der Stadtverwaltung; überprüfen, harmonisieren und stärken Sie die Gesetzgebung in der Gemeinde; entwerfen Sie strategische Kapazitäten für ein nachhaltigeres, gesünderes und gerechteres Ernährungssystem unter Abwägung urbaner und ländlicher Interessen.
5. **Entwickeln oder verbessern Sie multisektorale Informationssysteme** für die Entwicklung von Politikinstrumenten und Rechenschaftspflicht durch eine Steigerung der Verfügbarkeit, Qualität, Quantität, Abdeckung und des Managements und Austauschs von Daten mit Bezug zu städtischen Ernährungssystemen unter Einschluss sowohl öffentlicher Datenerhebung als auch von Daten der Zivilgesellschaft und anderen Partnern.
6. **Entwickeln Sie eine Strategie zur Verringerung des Katastrophenrisikos**, um die Resilienz städtische Ernährungssysteme zu erhöhen, auch in Städten, die am stärksten vom Klimawandel, ausgedehnten Krisen und chronischer Ernährungsunsicherheit in städtischen und ländlichen Gebieten betroffen sind.

Empfohlene Massnahmen: nachhaltige Ernährung

7. **Fördern Sie eine nachhaltige Ernährung** (gesund, sicher, kulturell angepasst, umweltfreundlich und einem auf Rechten basierenden Ansatz) durch sachdienliche Bildung, Gesundheitsförderung und Kommunikationsmassnahmen mit besonderem Augenmerk auf Schulen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Märkten und Medien.
8. **Thematisieren Sie nichtübertragbare Krankheiten, die mit unausgewogener Ernährung und Übergewichtigkeit** in Verbindung stehen, wo angebracht unter besonderer Berücksichtigung der Reduktion der Aufnahme von Zucker, Salz, Transfettsäuren, Fleisch- und Milchprodukten und der Steigerung des Konsums von Obst, Gemüse und nicht verarbeiteten Lebensmitteln.
9. **Entwerfen Sie nachhaltige Ernährungsrichtlinien** zur Information der Konsumenten, Stadtplaner (insbesondere für die öffentliche Lebensmittelbeschaffung), Lebensmittel dienstleister, -einzelhändler, -produzenten und -verarbeiter und fördern Sie Informations- und Fortbildungskampagnen.
10. **Überarbeiten Sie Standards und Gesetzgebungen, um den Zugang zu nachhaltigen Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser** in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes wie Krankenhäusern, Gesundheits- und Kinderbetreuungseinrichtungen, an Arbeitsplätzen, in Universitäten, Schulen, Ernährungs- und Verpflegungsdiensten, städtischen Behörden und Gefängnissen und soweit möglich im Gross- und Einzelhandel des Lebensmittelvertriebs und -verkaufs im Privatsektor **zu ermöglichen**.
11. **Erwägen Sie gesetzgeberische und freiwillige Instrumente** zur Förderung nachhaltiger Ernährung unter angemessenem Einbezug von öffentlichen und privaten Unternehmen, unter Nutzung von Marketing-, Werbe- und Kennzeichnungsmassnahmen und ökonomischer Anreize oder Negativanreize; optimieren Sie Regulierungen für die Vermarktung von Lebensmitteln und nicht-alkoholischen Getränken an Kinder gemäss den Empfehlungen der WHO.
12. **Fördern Sie gemeinsame Aktivitäten von Lebensmittel- und Gesundheitssektor** zur Implementierung von integralen, an die Bevölkerung angepassten Strategien für gesunde Lebensweisen und soziale Inklusion.
13. **Investieren Sie in die Gewährleistung eines universalen Zugangs zu sauberem Trinkwasser und angemessener Abwasserentsorgung** und verpflichten Sie sich zu selbigem, unter angemessenem Einbezug der Zivilgesellschaft und verschiedener Partnergesellschaften.

Empfohlene Massnahmen: soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit

14. **Nutzen Sie Bargeld- und Lebensmittelabgaben** sowie andere Formen von Sozialschutzsystemen (Tafeln, Gemeinschaftsküchen, Lebensmittel-Nothilfen etc.), um benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen Zugang zu gesunder Ernährung zu gewährleisten, unter Berücksichtigung der spezifischen Weltanschauungen, Kulturen, Traditionen, Ernährungsgewohnheiten und -vorlieben der unterschiedlichen Gemeinschaften gemäss dem Prinzip menschlicher Würde und zur Vermeidung weiterer Ausgrenzung.
15. **Richten Sie Schulverpflegungsprogramme** und andere institutionelle Lebensmitteldienste **neu aus**, um gesunde Lebensmittel lokaler und regionaler Herkunft aus saisonaler und nachhaltiger Produktion bereitzustellen.
16. **Fördern Sie menschenwürdige Beschäftigung für alle**, einschliesslich fairer Wirtschaftsbeziehungen und Löhne und verbesserter Arbeitsbedingungen im Lebensmittel- und Agrarsektor, bei vollständiger Integration der Frauen.
17. **Fördern und unterstützen Sie Unternehmungen der Sozial- und Solidarwirtschaft** mit besonderer Aufmerksamkeit auf lebensmittelrelevante Massnahmen zur Unterstützung nachhaltiger Lebensgrundlagen für marginalisierte Bevölkerungsgruppen auf unterschiedlichen Ebenen der Lebensmittelkette und erleichtern Sie den Zugang zu sicherer und gesunder Ernährung sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten.
18. **Fördern Sie Netzwerke und unterstützen Sie Basisaktivitäten** (wie Gemeinschaftsgärten und -küchen, Tafeln etc.), die soziale Inklusion befördern und Ausgegrenzte mit Lebensmitteln versorgen.

19. **Fördern Sie partizipative Bildung, Fortbildung und Forschung** als Schlüsselemente zur Stärkung lokaler Aktivitäten mit dem Ziel erhöhter sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit; fördern Sie auf Rechte basierende Ansätze, lindern Sie Armut und erleichtern Sie den Zugang zu adäquaten und nährstoffreichen Lebensmitteln.

Empfohlene Massnahmen: Lebensmittelproduktion

20. **Fördern und stärken Sie eine urbane und stadtnahe Lebensmittelproduktion** und -verarbeitung auf Grundlage nachhaltiger Ansätze und integrieren Sie urbane und stadtnahe Landwirtschaft in Resilienzpläne der Stadt.
21. **Streben Sie die Kohärenz zwischen der Stadt und nahe gelegener, ländlicher Lebensmittelproduktion**, -verarbeitung und -vertrieb an, mit Fokus auf kleinbäuerliche und bäuerliche Familienproduktion und besonderer Berücksichtigung der Befähigung von Frauen und Jugendlichen.
22. **Verwenden Sie einen Ökosystemansatz zur Ausrichtung einer ganzheitlichen und integrierten Raumplanung und -verwaltung** in Zusammenarbeit mit städtischen und ländlichen Behörden und anderen Verwaltern natürlicher Ressourcen durch eine Kombination der Landschaftscharakteristika mit beispielsweise Risikominimierungsstrategien zur Steigerung der Möglichkeiten für ökologische Agrarproduktion, die Bewahrung der biologischen Vielfalt und Agrarflächen, Anpassungen an den Klimawandel, Tourismus, Freizeitgestaltung und andere Ökosystemleistungen.
23. **Schützen und fördern Sie gesicherten Landzugang und -besitz** für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion in urbanen und stadtnahen Gebieten, einschliesslich Land für Gemeinschaftsgärtner und Kleinbauern, beispielsweise durch Bodenfonds (land banks) oder kollektives Eigentum (community land trusts); stellen Sie Gemeindeland für die lokale Agrarproduktion zur Verfügung und fördern Sie die Integration in Nutzungs- und Stadtentwicklungspläne und -programme.
24. **Unterstützen Sie die Verfügbarkeit von Dienstleistungen für Lebensmittelproduzenten in den Städten und der Umgebung**, einschliesslich Fachausbildung und Finanzhilfen (Kredite, Technologien, Lebensmittelsicherheit, Marktzugang etc.) zum Aufbau eines generationenübergreifenden und wirtschaftlich tragfähigen Ernährungssystems mit Anregungen wie Kompostierung von Küchenabfällen, Grauwasser (grey water) aus Verbrauchernutzung, Energieerzeugung aus Abfällen etc., bei Gewährleistung, dass diese nicht in Konkurrenz zum Konsum stehen.
25. **Unterstützen Sie kurze Lebensmittelversorgungsketten**, Erzeugerorganisationen, Netzwerke und Foren für den Direktverkauf vom Erzeuger an den Verbraucher und andere marktwirtschaftliche Systeme, die Teil der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur des städtischen Ernährungssystems sind und urbane und ländliche Gebiete vernetzen. Dies könnte Initiativen der Sozial- und Solidarwirtschaft aus der Zivilgesellschaft und alternative marktwirtschaftliche Systeme einschliessen.
26. **Optimieren Sie die Abwasser- und Wasserwirtschaft und -wiederverwendung** in der Agrar- und Lebensmittelproduktion durch Massnahmen und Programme mit partizipativen Ansätzen.

Empfohlene Massnahmen: Lebensmittelversorgung und -verteilung

27. **Ermitteln Sie die Lebensmittelflüsse in die Stadt und innerhalb der Stadt**, um den Zugang zu frischen und erschwinglichen Lebensmitteln in einkommensschwachen oder unterversorgten Wohnvierteln zu gewährleisten, unter Thematisierung einer nachhaltigen verkehrslogistischen Planung zur Reduktion von CO₂-Emissionen durch alternative Kraftstoffe und Transportmittel.
28. **Unterstützen Sie die Optimierung von Lebensmittellagerungs-, -verarbeitungs-, -transport- und -vertriebstechnologien** und -infrastrukturen durch die Vernetzung von stadtnahen und nahe gelegenen, ländlichen Gebieten, um einen saisonalen Lebensmittelverbrauch zu gewährleisten und Ernährungsunsicherheit sowie Lebensmittel- und Nährstoffverlust und -verschwendung zu verringern, mit einem Schwerpunkt auf diversifizierte kleine und mittlere Lebensmittelunternehmen innerhalb der Wertschöpfungskette, die u.U. dauerhafte und menschenwürdige Beschäftigung bereitstellen.

29. **Ermitteln, überprüfen und/oder stärken Sie Lebensmittelkontrollsysteme** durch die Implementierung kommunaler Lebensmittelsicherheitsgesetzgebungen und -regulierungen, die (1) sicherstellen, dass Lebensmittelproduzenten und -lieferanten in der gesamten Lebensmittelkette verantwortungsbewusst handeln, (2) Marktzugangshindernisse für bäuerliche Familienbetriebe und produzierende Kleinbauern beseitigt werden und (3) Lebensmittelsicherheits-, Gesundheits- und Umweltaspekte berücksichtigt werden.
30. **Überprüfen Sie die öffentliche Beschaffungs- und Handelspolitik** zur Förderung von kurzen Lebensmittelversorgungsketten, die Städte untereinander vernetzen, um eine Versorgung mit gesunden Lebensmitteln zu gewährleisten und zugleich Beschäftigungszugang, faire Produktionsbedingungen und eine nachhaltige Produktion für die am meisten gefährdeten Produzenten und Konsumenten zu fördern und dadurch die Möglichkeiten des öffentlichen Beschaffungswesens dafür zu nutzen, das Recht auf Lebensmittel für alle umzusetzen.
31. **Sorgen Sie für politische Unterstützungsprogramme für öffentliche Märkte in der Gemeinde**, einschliesslich Bauernmärkte, informelle Märkte, Einzel- und Grosshandelsmärkte, Gaststätten und anderen Lebensmittelverkäufer, unter Wahrung unterschiedlicher Ansätze für Städte, die mit privaten und öffentlichen Komponenten marktwirtschaftlicher Systeme zusammenarbeiten.
32. **Verbessern Sie die Infrastruktur** der Marktsysteme, die urbane Käufer mit urbanen, stadtnahen und ländlichen Verkäufern verbinden und bauen Sie eine diesbezügliche Unterstützung aus, indem Sie zugleich zum Aufbau von Kohäsion und Vertrauen beitragen, kulturellen Austausch fördern und nachhaltige Existenzen sichern, insbesondere für Frauen und Jungunternehmen.
33. **Bekennen Sie sich zum Beitrag des informellen Sektors** zu den städtischen Ernährungssystemen (hinsichtlich Lebensmittelversorgung, Arbeitsplatzschaffung, Förderung lokaler Ernährungsweisen und Umweltmanagement) und gewährleisten Sie eine angemessene Unterstützung und Fortbildung in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Ernährung, Abfallvermeidung und -management.

Empfohlene Massnahmen: Lebensmittelabfälle

34. **Bringen Sie die Akteure des Ernährungssystem zusammen, um Lebensmittelverluste und Abfallverringerung** auf allen Stufen der Lebensmittelversorgungskette in der Stadt und Region **zu ermitteln und zu beobachten** (einschliesslich Produktion, Verarbeitung, Verpackung, sichere Lebensmittelzubereitung, Aufmachung und Handhabung, Weiter- und Abfallverwertung) und sorgen Sie für eine ganzheitliche Planung und Ausgestaltung, Transparenz, Verantwortlichkeit und Politikvernetzung.
35. **Fördern Sie das Bewusstsein für Lebensmittelverluste und -verschwendung** durch gezielte Veranstaltungen und Kampagnen; identifizieren Sie Brennpunkte wie Bildungseinrichtungen, Gemeinschaftsmärkte, Gemeinschaftsläden und andere solidarische oder ringförmige Wirtschaftsinitiativen.
36. **Arbeiten Sie gemeinsam mit dem Privatsektor und mit Forschungs-, Bildungs- und Gemeinschaftsorganisationen** an der Entwicklung und Überarbeitung, je nach Bedarf, kommunaler Politikinstrumente und Gesetzgebungen (z. B. Verfahren, Erscheinungsbild- und Abstufungsstandards, Verfallsdaten etc.) zur Abfallvermeidung oder sicheren Lebensmittel- und Verpackungsrückgewinnung unter Einsatz einer "Lebensmittel-statt-Abfall"-Rangfolge.
37. **Schützen Sie Lebensmittel durch die Förderung von Rückgewinnung und Umverteilung für den Verzehr sicherer und nährstoffreicher Lebensmittel**, die, falls zutreffend, bei Produktion, Verarbeitung, Absatz, Catering, im Grosshandel und Hotel- und Gaststättengewerbe Gefahr laufen, verloren zu gehen, weggeworfen oder verschwendet zu werden.